

Erscheint  
an allen Werktagen.  
Bezugspreis  
vom 1. Juli 1921 an  
monatlich M.  
in der Geschäftsstelle 50.—  
in den Ausgabestellen 52.50  
durch Zeitungsboten 55.—  
durch die Post 55.—  
Hörerpreis: 4246, 2278.  
3110, 349.

# Posener Tageblatt

Anzeigenpreis:  
f. d. Grundschriftzeile im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens. 10.— M.  
im Reklameteil 30.— M.  
Für Aufträge aus  
Deutschland 3.50 M.  
im Reklameteil 10.— M.  
in deutscher Mark.

Telegrammabreise:  
Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czeczkow Konto P. K. O. Nr. 200 288 in Poznań.

## Aus Oberschlesien.

Am 5. Juli ist die Frist abgelaufen, die von der interalliierten Kommission sowohl den Insurgenten als auch dem deutschen Selbstschutz zur Räumung des ganzen Abtimmungsgebiets gestellt war. Trotzdem laufen immer wieder Nachrichten ein, daß hinter den Linien der Alliierten sich neue Banden bilden, die auf eigene Rechnung Überfälle verüben, plündern und räuben. Es wäre töricht, die Schuld an diesen Zuständen den interalliierten Truppen zugeschieben zu wollen; denn diese Banden treiben ihr Handwerk nur im Dunkeln, verborgen sich tagsüber in Wäldern und wirtschaften nur des Nachts. Das sind Leute, die die Arbeit scheuen und ganz in bolschewistischem Sinne von anderer Menschen Arbeit leben wollen. Gewiß sind die interalliierten Truppen, vorab die englischen, ernstlich gewüst, die Ordnung wiederherzustellen; allein ihre Maßnahmen dazu seien doch nicht ausreichend zu sein. Wie ließen sich sonst Befürde erklären, wie sie von der Deutschen Allgemeinen Zeitung gemeldet werden. Danach nimmt es in den Wäldern von Słonik von schwerbewaffneten Insurgenten. In den Kreisen Nysa und Racibor haben sie in einer Reihe von Ortschaften wieder die Gewalt an sich gerissen. Die deutsche Bevölkerung flieht in Massen westwärts. All diese Anzeichen deuten auf einen drohenden zweiten polnischen Aufstand hin, der am 10. Juli durch einen Generalstreik eingeleitet werden soll.

## Ein Aufruf des Zwölferausschusses.

Der Zwölferausschuß der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens hat mit dem Führer der deutschen Partei in Katowitz einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in dem er von den Vorgängen in Beuthen spricht, die durch anfangs harmlose Demonstrationen zu höchst bedauerlichen Folgen geführt hätten. Weiterhin ermahnt der Zwölferausschuß die Bevölkerung Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und sich durch nichts zu unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, denn die Folgen habe dann allein die deutsche Bevölkerung zu tragen. Die interalliierte Kommission und die von ihr eingesetzten Behörden seien in dieser Zeit die Obrigkeit der Deutschen.

## Die Lösung der oberschlesischen Frage.

Nach Berichten aus Paris wird die Lösung der oberschlesischen Frage in kürzester Zeit erfolgen und zwar derweil, daß der größere Teil des Industriegebietes mit Katowitz, Königshütte und Beuthen zusammen mit dem größten Teil von Tarnow und Bleiz an Polen fallen und das Industriegebiet um Gleiwitz und Hindenburg Deutschland zugeprochen wird. Einige des Ausfalls finanzieller Kräfte durch den Verlust eines großen Teiles des oberschlesischen Industriegebietes soll Deutschland von einem entsprechenden Satz der Reparationsleistungen defreit werden, die von Polen übernommen werden. Die Garantien dafür werden durch eine von Seiten der Alliierten eingesetzte Kommission gesichert werden, die sowohl industrielle als auch finanzielle Kontrollrechte über das an Polen abzutretende Industriegebiet erhalten.

Eine Bestätigung dieser Meldungen muß selbstverständlich abwartet werden. Bezeichnen dürfte jedenfalls so viel, daß vor der Zusammenkunft des Obersten Rates — der Termin für diese Konferenz steht immer noch nicht fest — eine endgültige Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens nicht gesetzt werden kann.

## Nationaler nichtbolschewistischer Aufstand.

Beuthen, 7. Juli. (PAT) Der "Gonec Śląski" gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die englischen Truppen, die sich gegenwärtig im oberschlesischen Industriegebiet befinden, sich gegenüber der polnischen Bevölkerung neutral verhalten, nachdem sie sich überzeugt haben, daß der polnische Aufstand einen nationalen und keinen bolschewistischen Charakter trug, wie es die Deutschen England gegenüber darzustellen versuchten.

## Die Reparationen.

Paris, 8. Juli. Der "Intransigeant" veröffentlicht Einzelheiten über das Abkommen, das zwischen den deutschen und französischen Delegierten fertiggestellt wurde. Es handelt sich um Lieferung von Waren, die zum Teil weiterverkauft werden und Rohmaterialien im Wert von fünfzehn Milliarden. Außerdem kommt der Ankauf von 500 deutschen Lokomotiven und 25 000 Eisenbahnwaggons in Frage. Mit der Lieferung der Modelle für die Holzhäuser wird in nächster Zeit der Absang gemacht werden. Die Zahlungsfrist für Frankreich ist nicht festgelegt worden. Der Ausbau der Unterstüttungen soll durch Loucheur und Rathenau in Wiesbaden erfolgen.

## Loucheur über die Reparationen.

Paris, 7. Juli. In der Mittwochssitzung der Senatsausschüsse sprach Loucheur und gab Erklärungen über das System, das er sich in den Verhandlungen in Wiesbaden und Paris zu wahren bemühte. Das System, das von den deutschen Entschädigungen in Naturalien zu erhalten sucht, gewann sichtlich die deutsche Delegation. Rathenau erkannte sogar unzweifelhaft die Notwendigkeit, die Entschädigungsangelegenheit übereinstimmend mit den Interessen beider Parteien zu regeln. Loucheur prüft gegenwärtig den Entwurf, eine zweite französisch-deutsche Delegation zwecks Regelung der Naturalienlieferungen zu bilden, was aber nicht gins die jährlichen Zahlungen in ausländischen Devisen und deutscher Goldmark ausschließt. Am Schluss erklärte Loucheur, daß der Entwurf, Holzhäuser zu liefern, abgelehnt wurde.

## Die Sanctionen.

Die Fühlungnahme zwischen den Regierungen in Paris, London und Rom, in den letzten Tagen besonders eng gewesen ist, hat, wie dem "Tag" aus unterrichteten Kreisen versichert wird, eine Meinungsänderung hinsichtlich der Sanctionsfrage ergeben. Die Sanctionen sollen, falls sich die Entwaffnungsaktion erfolgreich erweist, aufgehoben werden.

## Kabinettcrise in Spanien.

Madrid, 7. Juli. (PAT) Die Kabinettcrise nahm einen günstigen Ausgang. Änderungen wurden nur in der Besetzung zweier Ministerposten vorgenommen, und zwar in der Besetzung des Finanzministeriums, das Marian Ordóñez, und des Justizministeriums, das Wals übernahm.

## Im Stillen Ozean.

Washington, 7. Juli. (PAT) Nach Informationen des "Philadelphia Public Ledger" wunderte sich die englische Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit dem Vorschlag einer englisch-japanisch-amerikanischen Verständigung in der Angelegenheit des Stillen Ozeans.

## Der Krieg im Orient.

Basel, 8. Juli. Die "Daily Mail" meldet aus Konstantinopel: Die alliierten Truppen sind hier in Alarmbereitschaft, und auch die Truppen in den Dardanellen befinden sich in alarmbereitem Zustand. 24 alliierte Schiffe liegen vor Konstantinopel. Vortrups der kemalistischen Armee haben sich der türkischen Hauptstadt auf 15 Kilometer genähert.

London, 6. Juli. (Tel.-U.) Aus Konstantinopel wird berichtet, daß das griechische Geschwader fortfährt, die Küste des Maras am Meer zu bombardieren. Griechische Marine-Truppen, die im Hafen von Izmid gelandet sind, haben Karakusel und mehrere Dörfer eingeäschert.

Rom, 6. Juli. (PAT) Am 8. d. Mts. haben die Griechen die Offensive an der ganzen Front begonnen.

## Kämpfe in Indien.

Paris, 8. Juli. (Tel.-U.) Aus London wird gemeldet: Nach einem amtlichen Telegramm des Botschaftsberichts haben Scharfschützen in Indien zwischen regulären Truppen und schwachen Abteilungen kämpfen, die zu feindlich gesinnten Volksstämmen der Gegend von Wana Kosat gehören.

## Der amtliche türkische Bericht.

Angora, 7. Juli. (PAT) Der amtliche türkische Bericht vom 6. d. Mts. meldet von Kämpfen an der Front von Izmid. Die griechischen Verluste sollen sehr groß sein. Im Abschnitt Uşak wurden die griechischen Truppen zurückgeworfen.

## Baldiger Friede?

Paris, 7. Juli. (PAT) In der gestrigen gemeinsamen Sitzung der Senatsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Finanzen sprach Ministerpräsident Briand. Er ist überzeugt, daß der Frieden mit der Türkei in kürzer Zeit geschlossen wird, und daß ein Sonderabkommen über die Durchführung gewisser Grenzänderungen im Orient sehr wahrscheinlich ist. Briand erklärt, daß die französischen Truppen nicht in die Kriegsaktionen des griechisch-türkischen Konfliktes hineingezogen werden. Die französischen Truppen eilten während des letzten in Smyrna verübten Gewalttätigkeiten mit einmütiger Energie zur Rettung der türkischen Bevölkerung. Sie werden auch weiter in dieser Gegend ihre humanitäre Mission ausüben. Die Regelung des Friedens mit der Türkei wie auch eine Änderung der Richtung der französischen Politik bezüglich Syriens erlauben Frankreich, die Zahl der Besatzungstruppen herabzusetzen und so die allgemeinen Kosten zu verringern. Briand berührte endlich die Frage der Industriebank für China und legte eine Reihe von Mitteln vor zwecks Rettung dieser Bank. Die Mehrheit des Senats drückte die Überzeugung aus, daß alle Anstrengungen gemacht werden müßten, und sprach seine Zufriedenheit mit den Erklärungen Briands aus.

## Bulgarien greift nicht ein.

Sofia, 7. Juli. Die Bulg. Telegraphenagentur ist bevoßmächtigt, in kategorischer Weise allen Gerüchten über eine Fühlungnahme Bulgariens mit Kemal Pascha zu widerstreben, Gerüchten, die offensichtlich zu dem Zweck verbreitet werden, die bulgarische Regierung zu diskreditieren. Die bulgarische Regierung ist standhaft entschlossen, vollkommen Neutralität im griechisch-türkischen Konflikt zu wahren. Wegen des schweren Standes der bulgarischen Emigranten, die sich in den Gebieten Sowjetrußlands befinden, hatte die bulgarische Regierung die Absicht, dorthin ihren Delegierten abzufinden; gegenwärtig jedoch sieht sie von der Absendung eines Delegierten ab.

## Kabinette.

### Umbildung des englischen Kabinetts.

London, 7. Juli. Nach einer Mitteilung der "Westminster Gazette" bestehen Pläne für eine Umbildung des Kabinetts. Der Minister des Inneren Short tritt zurück. Sir Greenwood und Dr. Addison erhalten andere Ministerposten. Die Umänderungen werden dadurch nötig, daß das Parlament sich geweigert hat, das Gehalt für Dr. Addison zu bewilligen, der früher Minister für Volksgesundheit war und jetzt als Minister ohne Portefeuille dem Kabinett angehört.

### Das italienische Kabinett.

Rom, 8. Juli. (Tel.-U.) Parteipolitisch besteht das Kabinett aus 2 Sozialreformern: Bonomi und Beneduce, 3 Demokraten: Giuffrida, Gerardini, Gasparetto, 4 Volksparteiern: Rodino, de Nova, Mauri, Micheli, 3 Liberale: Corbino, Ratner, Belotti und einem Freikonservativen Bergasa. Der für das Auswärtige Amt in Aussicht genommene Marquis de la Torreto gehört keiner Partei an. Die Sozialdemokraten gedenken wohlwollend abzuwarten. Die Volksparteien stimmen ohne Vorbehalt zu. Die Rechtsparteien gehen zur Opposition über. Alles in allem wird das Kabinett um seiner jungen Elemente willen sympathisch aufgenommen.

Paris, 8. Juli. (Tel.-U.) "Information" vernimmt aus Rom über den Ministerwechsel, daß die Katholiken eine vorherrschende Stellung bekommen haben. Wegen der bevorstehenden Versöhnung zwischen Quirinal und Vatikan ist dies von besonderer Bedeutung.

## Spanien.

Madrid, 6. Juli. (Tel.-U.) Der König hat erneut dem zurückgetretenen Kabinett sein Vertrauen ausgesprochen.

### Rücktritt des albanischen Kabinetts.

Skutari, 7. Juli. (Tel.-U.) Es wird gemeldet, daß das albanische Kabinett zurückgetreten ist.

## Ein neuer weißer Aufstand in Russland.

London, 8. Juli. (Tel.-U.) "Daily Herald" vernimmt, daß in Russland für die nächsten Monate ein neuer weißer Aufstand vorbereitet wird. Die Beteiligten rechnen auf Frankreichs und Amerikas Unterstützung. Bedeutende Geldmittel sollen zur Verfügung stehen.

## Urteil im Prozeß Stenger und Crisius.

Danzig, 7. Juli. (PAT) "Danziger Zeitung" meldet aus Leipzig, daß am 6. Juli das Urteil gegen General Stenger und Major Crisius gefällt worden ist. General Stenger wurde freigesprochen und Major Crisius wurde zu zwei Jahren Gefängnis und Ablegung der Uniform verurteilt.

## Englands schwierige Lage.

Die Ereignisse im Orient zeigen deutlich, wie die Macht der Entente, vor allem Englands im Osten, auch auf dem Balkan, immer mehr schwindet. Auch Bulgarien soll in den Krieg hineingezogen werden, wo übrigens der Kommunismus ständig an Macht gewinnt. Daß Englands Interessen in der Levante schwer bedroht sind, liegt auf der Hand; sogar Indien droht mit Aufstand und Abfall. England hat auch seine gesamte Mittelmeersflotte in der Nähe des Kampfgebiets konzentriert. Der gefährlichste Feind ist natürlich der Bolschewismus, der im Orient mächtig sein Haupt erhebt. Die Kemalisten, keine Freunde Londons, stehen bis jetzt als Sieger da.

Ist das Orientproblem in diesem Augenblick verwickelter denn je, so sieht es aus, als ob sich für England im Innern die Wolken etwas aufzuhellen beginnen. Die Bergarbeiter sind anscheinend endgültig zum Nachgeben gezwungen worden. Sie können einfach den Kampf nicht weiter aushalten. Ihre Niederlage ist darauf zurückzuführen, daß es ihnen nicht gelang, die anderen großen Arbeiterverbände zum Sympathiestreik mitzuziehen. Eine Folge des Nachgebens der Bergarbeiter wird es sein, daß nunmehr der Abbau der Löhne zur Durchführung gelangt. Durch die Stilllegung der Kohlenbergwerke ist der britischen Wirtschaft inzwischen allerdings ein Schaden zugefügt worden, der sich nicht wieder gut machen läßt. Hier hat England am eigenen Leibe die Folgen des Kohlenabkommens von Spa zu spüren bekommen.

Wohin die Verhandlungen mit dem "Präsidenten der irischen Republik" De Valera führen werden, ist noch nicht zu übersehen. In Belfast hat der König aber gesagt, daß gegenwärtiges Verzeihen notwendig sei. Noch aber sieht es nicht so aus, als ob die irische Wunde zur Heilung gelangen sollte. Irland berichtet auch stark die amerikanisch-englischen Beziehungen. Der überreifige amerikanische Admiral Sims, der sich in London wegsehend über die amerikanischen Frei ausgesprochen hatte, hat jetzt einen öffentlichen Ladel erhalten, weil er als hoher Marineoffizier sich in Dingem gemischt hat, die ihn nichts angehen. Wie groß aber die Erregung der amerikanischen Frei über die traurigen Verhältnisse auf der Grünen Insel ist, zeigt die Tatsache, daß Admiral Sims bei seiner Landung von nicht weniger als 1000 Polizisten geschützt werden mußte. Für die Regelung des englisch-japanischen Verhältnisses hat Lord George inzwischen einen Ausweg gefunden, der es ihm gestattet, die Weiterentwicklung der Beziehungen zu Amerika abzuwarten. Er hat, wie er auf der Reichskonferenz ausführte, den Vertrag über den 13. Juni 1921 zunächst einmal auf drei Monate verlängern lassen. Inzwischen kann sich manches ändern.

Auch die Frage, auf welcher Grundlage der Frieden zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland aufgebaut werden soll, gehört dazu. Welche Form des Kompromisses Senat und Repräsentantenhaus gewählt haben, steht zurzeit noch nicht fest. Ferner weiß man nicht, welche Pläne das State Department verfolgt. Frankreich, das auch dem japanischen Kronprinzen in auffälliger Weise entgegenkommt und den belgischen Trabanten veranlaßt hat, Prinz Hirohito entsprechend aufzunehmen, ist eifrig bemüht, Amerika zu veranlassen, den Versailler Vertrag in irgend einer Washington zu nehmen Form zur Basis der Friedensregelung zu machen.

## Zur Wiederherstellung der Ruhe in Irland.

London, 7. Juli. General Smuts ist heute vormittag in Kingstown gelandet und bat sich nach Dublin begeben.

London, 7. Juli. (Tel.-U.) Bei der gestern begonnenen Konferenz in Dublin zwischen Delegierten der Sinnfeiner und der Unionisten handelt es sich darum, festzustellen, ob die Sinnfeiner bereit sind, auf die Republik zu verzichten und sich mit der Unabhängigkeit eines Dominiums zu begnügen. Die Konferenz hat über drei Stunden gedauert. Ein offizielles Communiqué erklärt, daß eine Einigung über gewisse Punkte zustande gekommen ist. Die Konferenz hat sich auf Freitag vormittag verabredet.

Paris, 7. Juli. (Tel.-U.) Aus London wird berichtet, daß man glaubt, daß man am Vorabend eines Waffenstillstandes in Irland steht. Die englische Regierung soll bereit sein, die Einheit Irlands anzuerkennen und würde geneigt sein, Irland ein nationales Parlament zu bewilligen, welches in Dublin tagen würde. Die Sinnfeiner würden eine Autonomie Irlands als Dominium annehmen.

## Ungarn.

Bienn, 7. Juli. (Tel.-U.) Die Telegraphen-Union hört von ungarter Seite, daß die Entente an Ungarn bezügl. der Räumung von Belgrad eine Note gerichtet habe. Während dies abgelenkt wird, erläuterte gestern der Präsident der Großdeutschen Volkspartei, Dr. Dinghofer, auf dem Reichsparteitag, daß die Übergabe des Burgenlandes in der nächsten Zeit erfolgen wird. Er habe diese Nachricht von so ernst zu nehmender Seite erhalten, daß man sie unbedingt glauben müsse.

### Ungarn und Amerika.

Oden-Best, 7. Juli. (PAT) In Oden-Best bildete sich unter dem Vorsitz des Grafen Apponyi sowie des amerikanischen Gesandten Grant Smith eine ungarisch-amerikanische Gesellschaft, die die Beziehungen zwischen beiden Staaten aufrecht erhalten will. Zu der Unabhängigkeitfeier der Vereinigten Staaten wurde in Namen der Vereinigung am Denkmal Washingtons in Oden-Best ein Kranz niedergelegt. In verschiedenen Ansprachen hoben die Redner die symbolische Bedeutung des Umstandes hervor, daß die Unabhängigkeitfeier der Vereinigten Staaten zusammenfällt mit

dem Tage der Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Ungarn und Amerika.

#### Ungarisch-russische Verhandlungen.

Berlin, 7. Juli. (PAT.) Die in Riga stattfindenden Verhandlungen zwischen der ungarischen Delegation und der Delegation der Sowjetregierung über den Gefangenenaustausch nehmen einen anstigen Verlauf.

#### Die polnisch-litauische Frage.

Warschau, 7. Juli. (PAT.) Das Außenministerium meldet: Der Außenminister beschloß, eine Kommission zur Bearbeitung des Materials und zur Vorbereitung eines Vertragsentwurfs mit Litauen zu berufen, die als Grundlage den Entwurf Ohmanns nehmen soll. Der Kommission sollen Vertreter der Ministerien, Juristen, Volkswirtschaftler usw. angehören. Der Vorsitzender für die Angelegenheiten Mitteleuropas im Außenministerium, Koszowski, begibt sich heute nach Wilna, um Kenner der litauischen Angelegenheiten zur Teilnahme an dieser Kommission einzuladen. Die Kommission wird unter dem Vorsitz des Außenministers arbeiten.

#### Lettisch-estnische Frage.

Riga, 8. Juli. (PAT.) Der lettische Ministerpräsident Mārtiņš Čakste am Sonntag aus Walku zurück, wo er eine Zusammenkunft mit dem finnischen Außenminister hatte. Bei dieser Zusammenkunft verständigte man sich über den direkten Eisenbahnverkehr zwischen Riga und Revel.

Riga, 8. Juli. (PAT.) Ende dieser Woche werden der estnische Außenminister Päril und der litauische Außenminister Barčauski zwecks Fortsetzung der politischen und wirtschaftlichen Beratungen nach Riga kommen.

#### Kommunisten in Italien.

Rom, 7. Juli. (PAT.) Während der Straßenkämpfe in Sestri Ponente zwischen Fasisten und Kommunisten haben italienische Karabinieri die Kommunisten im Gebäude der Arbeitskammer umzingelt, wo sie gegenwärtig unter Wache sind. Beide Kommunisten gelang es zu entfliehen. Über die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt.

#### Der Kommunismus in Bulgarien.

Vielleicht die interessanteste Form des Weltkriegscommunismus ist der spezifisch bulgarische Kommunismus. Ohne jedes politische Prinzip, ohne Theorie und Rücksicht darauf, wie lange er sich bei seiner Tendenz halten kann, ist er auf kein anderes Volk anwendbar. Der bulgarische Kommunist ist nicht etwa Vertreter einer Klasse, der arbeitenden Klasse, sondern er ist Vertreter einer ganzen Richtung, deren Grundton Hass und Neid ist gegen jeden, der mehr besitzt als er. Dieser Kommunismus wird protegiert von Besitzenden, von Mittel- und Hochbegüterten sowie von Bauern mit ziemlich großen Gütern. Der Bauer ist Kommunist, weil er sieht, daß man in der Stadt besser gekleidet geht, weil er sieht, dort sind große, reiche Geschäfte, weil er „Bauern“ sieht an allen Ecken und Enden. Von dem Moment der politischen Macht, von dem Wunsch, eine erst später in ihrer Wirkung sichtbare Menschheitsbewegung auszulösen, die dem inneren Drang jedes einzelnen nach einer besseren, uneingeengten Zukunft entsprechen soll, davon hat der bulgarische Kommunist keine Ahnung. Vor allem die Bauernschaft ist der Träger des Kommunismus. In mehr als 300 Dörfern sind kommunistische Organisationen, ja merkwürdigerweise sind Teile der orthodoxen Kirche, seine verbündeten Förderer. Fast jedes von diesen Dörfern haite seine Maifeier; bisher kannten dies nicht einmal die mittleren Städte. Diese Maifeiern waren vollkommen kommunistisch, nicht sozialistisch, gestimmt. In Sofia umfasste die Maifeiern, trotz Regenschauern, mindestens 14 000 Personen mit einigen hundert kommunistischen Tafeln. Am April- und Methodititag, dem Kulturtag Bulgariens, geweiht dem Andenken der beiden Balsanapole, erlebte Sofia ein Attentat. Eine Bombe wurde zwischen die Reihen der im Festzug gehenden Kinder geworfen und verwundete etwa zehn Personen schwer, 30 leicht. Das Attentat von der kommunistischen Partei ausging, ist nicht anzunehmen. Doch zündete die Menge sofort danach den Club der Kommunisten an, der bis auf die Grundmauern niederbrannte, und zerstörte die gesamte Inneneinrichtung des Arbeiterclubs.

Die Zahl der kommunistischen Abgeordneten in Bulgarien erreicht 50. Sie sind damit die zweitstärkste Partei in der Sowjet, sofort nach der Bauernpartei. Diese hohe Ziffer erreichte die Partei nur durch starke Zugang aus dem Mittelstand, vor allem der Beamenschaft, und aus den rein bürgerlichen Kreisen. Die Regierung mußte wiederholt gelegentlich öffentlichen Aufzügen der Kommunisten einen Erfolg an die Beamenschaft herausgeben, in dem sie jeden Beamten, der sich daran beteiligt, mit Entlassung bedroht.

Wo vor zwei Jahren noch niemand das Wort „Kommunist“ kannte, sind heute Ortsgruppen gegründet, die jede Woche mindestens eine Versammlung mit Vortrag abhalten. Die Themen werden von der Zentrale mit ausgearbeitetem Vortrag gedruckt an die Ortsgruppen hinausgegeben. Vielfach liegt diese Vortragstätigkeit in den Händen der akademischen Intelligenz.

#### Arbeiterbewegung.

##### Streik in Berlin.

Danzig, 8. Juli. Aus Berlin wird gemeldet, daß der langdauernde Streik der Vorwerksarbeiter sich in einen Generalstreik der Berliner Arbeiter zu verwandeln drohe. In einer allgemeinen Arbeitssitzung wurde folgendes beschlossen: 1. solidarisch für einen Streik in allen Zweigen der Industrie zu stimmen, 2. den Arbeitern wird empfohlen, unverzüglich dem Streik beizutreten.

##### Gewerkschaft der christlich-deutschen Bergarbeiter

Die sechzehnte Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlich-deutscher Bergarbeiter hat unter dem Vorsitz des Abg. J. M. Bischoff unter großer Beteiligung von Delegierten aus allen Bergrevieren Deutschlands in Bexdorf begonnen.

##### Vorarbeiterausstand?

Werdau, 5. Juli. (Tel.-U.) Auf den Rittergätern um Werdau und Grimmaischau ist wegen Tarifstreitigkeiten ein Streik der Vorarbeiter ausgebrochen.

##### Tagung des internationalen Arbeitsbureaus.

Karlskron, 7. Juli. (PAT.) Ungefähr 40 Repräsentanten des internationalen Arbeitsbureaus trafen am 5. Juli in Stockholm ein. Vertreten sind 18 Länder, und zwar England, Deutschland, Frankreich, Dänemark, Holland, Belgien, Schweiz, Italien, Spanien, die Tschechoslowakei, Polen, Argentinien und Japan. Die wichtigsten Fragen werden sein: das Verhältnis des internationalen Arbeitsbureaus zum Völkerbund, die Ernennung des Vertreters des Völkerbundes, eine Aussprache darüber, welches die wichtigsten Industriestaaten sind, die Arbeitslöhne und die Arbeitslosigkeit, die Emigranten und die landwirtschaftlichen Arbeiter. Am Freitag werden die Teilnehmer der Zusammenkunft eine Informationsreise in die wichtigsten Industrieunternehmungen der Provinz und einen Ausflug nach Düsseldorf machen.

##### Streik in Mährisch-Ostrau.

Danzig, 8. Juli. Aus Prag wird dem „Ferl-Jahrbuch“ von Zuständen in Mährisch-Ostrau gemeldet. Die Bergarbeiter sollen die Bauten überall und die Provinzen verhauen haben, weil sie sich nicht am Streik beteiligen wollten. Die Polizei schritt ein.

##### Bohmische Glashüttenarbeiter.

Prag, 8. Juli. (Tel.-U.) Aus böhmisch-Dolpa wird gemeldet: Es fand wie die deutsche „Leipziger Zeitung“ erfuhr, im Rathaus

in Haida eine Besprechung statt, an der Vertreter der Glashüttenindustrie und deren Arbeiterschaft, sowie Vertreter des Glasindustriellen-Verbandes und der Arbeiterschaft der Raffinerien teilnahmen. Die Arbeiterschaft in den Raffinerien befürchtet nämlich, daß sie bei einer längeren Arbeitsstockung der Glashütten ebenfalls arbeitslos würde, und verlangt daher von der Regierung Maßnahmen, durch die die Herstellung und die Betriebskosten vermindert, die Kohle verbilligt und besonders die überaus hohen Steuern bedeutend herabgesetzt werden, um auf diese einzige mögliche Art die Leistungen und die Absatzmöglichkeit der nordböhmischen Glasindustrie zu heben.

##### Generalstreik der Textilarbeiter in Frankreich.

Paris, 7. Juli. (HAVAS.) Die streikenden Baumwollspinnereiarbeiter haben den Generalstreik in der Baumwollspinnerei verlängert. Die Kommission der Textilindustrie wird sich mit der Frage beschäftigen, ob ein Generalstreik auch in der Flachsspinnerie und Weberei angebracht sei.

##### Zum englischen Streik.

London, 8. Juli. (Tel.-U.) Das Referendum der Metallarbeiter über den neuen Sozialstaat hat ergeben, daß der Tarif 125 014 Stimmen dagegen 257 532 Stimmen. Wenn bis Ende der Woche keine Einigung zustande kommt, werden eine Million Metallarbeiter in den Ausstand treten.

London, 6. Juli. (Tel.-U.) Wie der englische Arbeitsminister im Unterhaus mitteilte, brachten die durch Streik verloren gegangenen Arbeitstage im Jahre 1919 35 900 000, im Jahre 1920 27 000 000 und bis Ende Mai 1921 bereits 46 800 000 Tage. Im Augenblick dürfte man nicht weit von 70 Millionen entfernt sein.

#### Deutscher Reichstag.

Der Reichstag, der nun endgültig im Laufe dieser Woche in seine Sommerferien gehen will, sucht nun durch schnelle Arbeit einzuhören, was er die vergangenen Monate über durch überschüssige Reden vergeblich hat. Mehrfach ohne Erörterung angenommen wurden die Gesetzwürfe über den Abbau der Reichsgesellschaften und den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich. Dann setzte man die Beratung der Nachtragssätze fort. Beim Haushalt für die Marine ließ der Unabhängige Kuhn eine Heftrede gegen den angeblich immer mehr um sich greifenden „praktischen Geist“ in der Marine von Stapel. Er bemühte sich in „Enthüllungen“ über „Dutzendmorde“ bei der Matrosenrevolte 1917 zu machen. Sie bewegten sich aber in solchen Gemeinplätzen, daß der anwesende Minister Dr. Gehriger es nicht für der Mühe wert hielt, darauf zu antworten.

Beim Haushalt des Auswärtigen Amtes gelangte eine Enthüllung zur Erörterung, wonach die Zentralstelle für Heimatdienst umgestaltet werden soll, während von der Unabhängigen Frau Wurm deren Auflösung beantragt wurde. Demgegenüber hob der Volksparteier Cremer hervor, daß diese 1917 begründete Zentrale eine nützliche Tätigkeit entfaltet habe und ins folgedessen von allen wechselnden Regierungen benutzt worden sei. Nach Annahme des Militärentengesetzes wurde auch der letzte Gesetzwurf über die Umgestaltung, d. h. wesentliche Erhöhung der Fernsprechgebühren, debattiert und verabschiedet. Nicht so glatt ging es mit der Vorlage über die Wehrmachtsversorgung. Hieran knüpften sich längere Auseinandersetzungen. Die Linksradikalen, Unabhängigen und Kommunisten benutzten auch diese Gelegenheit, um ihrem unauflöslichen Hass gegen den Militarismus und namentlich die Offiziere, in denen sie seine Verkörperung erblickten, die Bügel schießen zu lassen.

Es wurde dann noch ein von den bürgerlichen Parteien eingebrachter Antrag beraten, wonach die Eltern über die religiöse Erziehung eines Kindes in freier Einigung entscheiden sollen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet der Vater, doch darf er das Kind keiner anderen Religion zuführen, als es vorher hatte. Nach Vollendung des 14. Lebensjahres hat das Kind selbst die Entscheidung. Der Antrag wurde nach kurzer Beratung gegen die Stimmen der bürgerlichen Volkspartei angenommen.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm die Gesetzwürde des Reichsgerichts für die Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher in der Regierungsfassung an. Das Gesetz soll am 1. August in Kraft treten. Ferner beantragten die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten die Bulassung der Frauen zum Richteramt, als Gerichtsvollzieher und als Gerichtsvollzieher. Die Redner der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen befürworteten den Antrag, während ein Demokrat sich prinzipiell damit einverstanden erklärte. Der Abgeordnete Marx vom Zentrum stand für seine Person dem Antrag sympathisch gegenüber. Seine Fraktion hätte aber noch keine Stellung genommen. Der Ausschuß lehnte den Antrag mit 12 gegen 12 Stimmen ab. Die Frage soll zur prinzipiellen Klärung dem Plenum überwiesen werden.

Weiter wurde in zweiter und dritter Lesung die Vorlage der Erhöhung der Fernsprechgebühren in der Fassung des Ausschusses angenommen. Wiederhergestellt wurde die Zustimmung, wonach der Postminister im Einvernehmen mit dem Reichstag eine Erhöhung oder Ermäßigung vornehmen kann.

Berlin, 8. Juli. (Tel.-U.) Der Altestenrat des Reichstages, der sich gestern in seiner Sitzung nach dem Plenum mit dem Geschäftsantrag befaßte, hält noch immer an der Hoffnung fest, daß die Arbeiten vor der Sommerpause am Donnerstag abgeschlossen werden können. Der Wiederaufzunahme des Reichstages soll dann am 6. September stattfinden.

#### Sejm.

##### Sitzung vom 7. Juli.

(PAT.) Warschau, 8. Juli.

Dem Ausschuß wurde in erster Lesung das Gesetz über die weitere Ausgabe von Kassenscheinen der polnischen Landesdarlehnskasse und über den Kredit des Staatshauses bei dieser Kasse überwiesen. In dritter Lesung wurde das Gesetz über die Arbeiterversicherung im ehemals österreichischen Teilgebiet angenommen. Dann wurde das Gesetz über den freien Handel besprochen. Abg. Pfarrer Starkiewicz spricht sich gegen die Änderungen aus und beantragt eine Enthüllung, die die Regierung auffordert, vom 15. Juli ab die Beschwerungen aufzuheben, die bis jetzt bei der Einfuhr aller Produkte und Nahrungsmittel angewandt wurden. Abg. Bobrowski bemerkt, daß die Getreidepreise schon seit dem Sejmbesluß in zweiter Lesung gestiegen sind. Der Redner spricht sich gegen den freien Handel aus und erneuert seinen Antrag, das Gesetz über die Beschaffung zu verlängern. Abg. Gdynski unterstützt seinen in zweiter Lesung gefestigten Antrag über die Schaffung von Getreidevorräten zur Verteilung durch die Regierung. Abg. Postolski gibt die Erklärung ab, daß die Nationale Arbeiterpartei gegen den freien Handel ist.

Nach einer Ansprache des Berichterstatters, Abg. Pfarrer Starkiewicz, wurde in der Abstimmung der Antrag der polnischen Soz. Partei auf Überweisung des Gesetzes an den Ausschuß abgelehnt. Auf Verlangen des Abg. Gdynski wurde über seinen Antrag, der die Beschaffung von Getreidevorräten will, namentlich abgestimmt, wobei der Antrag abgelehnt wurde. Es wurden alle Änderungen mit Ausnahme der des Berichterstatters, Pfarrers Starkiewicz, zu Art. 7, nach dem die Ausführung des Gesetzes dem Ernährungsministerium zu übergeben ist, abgelehnt. Das Gesetz wurde in dritter Lesung angenommen. Während der namentlichen Abstimmung über den Antrag des Abg. Gdynski forderte der Marschall die Mitglieder des Finanz- und Haushaltsausschusses auf, sich zur Sitzung dieses Ausschusses zu begeben.

Darauf wurde nach dem Referat des Abg. Brun ein Gesetz angenommen über die Ratifizierung der Verständigung mit den Staaten der „internationalen Konvention“ zum Schutz des industriellen Eigentums, die am 30. Juni v. J. in Bern unterzeichnet wurde. Abg. Pfarrer Sobolewski legte einen Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesetz betreffend die Änderung der Kreisgrenzen vor. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach dem Referat des Abg. Thomas wurde in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz über die Bevollmächtigung des Ministerrates angenommen zwecks Gleichstellung der Einkommen-, Industrie- und Gebäudesteuerfälle im ehemaligen preußischen Teilstaat mit den Steuerfällen anderer Teilstaaten.

Darauf wurden folgende Gesetze geprüft: über die weitere Ausgabe von Scheinen der polnischen Landesdarlehnskasse, über den Kredit des Staatshauses bei dieser Kasse und über die Bevollmächtigung der Regierung zur Herausgabe von Verordnungen über den Geldverkehr mit dem Ausland und über den Umlauf fremder Valuten. Abg. Wlad. Grässli ist der Ansicht, daß der Weg, den die Regierung beschreitet, zu einer Katastrophen führen muß. Die Regierung fordert, die Summe der ausgegebenen Scheine auf 120 Milliarden zu erhöhen, und es ist nicht bekannt, ob wir jetzt diese 120 Milliarden benötigen. Vor allem muß das Budget ins Gleichgewicht gebracht werden. Finanzminister Steczkowski erklärt, daß er sich in der Aussprache über den Regierungsentwurf nur an das Thema halten wird. Der Gehalt des Budgets des Jahres 1921 läßt sich mit den Einnahmen und der jekigen Ausgabe von Scheinen decken. Das müßte einen Mehrbetrag ergeben, der später eine Besserung der Emission und der Schulden bei der Landesdarlehnskasse ermöglicht. Er bedeutet mit Recht, daß der Schwerpunkt in der Herabsetzung der Ausgaben und der Erhöhung der Einnahmen liegt. Der Minister lehnt die der Regierung von dem Vorredner gemachten Vorwürfe ab. Die weitere Aussprache wurde vertagt.

Es folgte die Aussprache über den Dringlichkeitsantrag der Wzawoleniegruppe, daß die Regierung vor dem 1. August den Entwurf einer Wahlordnung und des Staatshaushaltplanes vorlegen soll. Abg. Poniatowski fordert, daß die Besprechung über diesen Antrag noch heute wegen der Dringlichkeit und des Meritums erledigt werden soll. In der Abstimmung erklärten sich 125 Stimmen für und 111 Stimmen gegen den Antrag, weswegen die Diskussion noch einmal begann. Abg. Poniatowski erklärt, daß der Seniorenbund eine Forderung angenommen habe, die die Regierung zur schnellen Vorlage des Budgets und der Wahlordnung auffordert. Der Sejm sollte diese Forderung bestätigen. Der Ministerpräsident erklärt, daß nach Beendigung der Beratungen über die Vorschläge der Ministerien, die noch diese Woche erfolgen sollen, der Ministerrat sich vor allem mit der Wahlordnung beschäftigen wird.

Abg. Pfarrer Utoński erklärt, daß die Öffentlichkeit den Rücktritt des Sejms verlangt, der eine Mehrheit nicht erzielen und eine parlamentarische Regierung nicht hervorbringen konnte und daß er eine auf die Minderheit gestützte Regierung dulden müßte. Weiter wirft er der Regierung vor, daß sie große Summen zur Erhaltung der Parteidienststellen, wie zum Beispiel der Grenzwache, ausgibt. Nach der Antwort des Präsidenten Witold wurde der Antrag der Wzawoleniegruppe in meritum angenommen. — Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr vorm.

#### Republik Polen.

† Der neue Verpflegungsminister. Die Meldung eines Warschauer Blattes über die Genehmigung Grodzelski zum Verpflegungsminister bezeichnet dieier selbst als verirrt. Sie ist jedoch für die nächste Zeit bei Fortbestehen der bisherigen Konstellation zu erwarten. Grodzelski ist ein enger Verbündeter des Ministerpräsidenten Witold. Der jetzige Vater des Verpflegungsministeriums Stojński von der Stolnicki-Partei diente als Unterstaatssekretär bleibend.

† Zum Vetter der polnischen Telegraphenagentur (PAT) hat das Präsidium des Ministeriums, wie der „Przygad Wieczorny“ meldet, den Chefredakteur des „Narod“, Herrn Biotr Goretzki ernannt, der sein neues Amt mit dem heutigen Tage antritt.

† Der Ministerrat beriet gestern weiterhin über das Schatzgesetz für 1921.

† Die Rückkehr der Flüchtlinge und Internierten aus Russland erfolgt zum Teil schon in den nächsten Tagen. Ein Transport mit den im Bützowischen Gefangen Internierten ist in der Richtung aus Riga gegangen. Unter ihnen befindet sich Bischof Lojinski, der sich über Riga nach Warsaw übergeben wird.

#### Deutsches Reich.

\*\* Der Reichshaushalt. Das Reichskabinett hat den Blättern zufolge seine Beratung über die Steuerfrage abgeschlossen. Reichslandrat Dr. Wirth wird im Reparationsausgleich des Reichswirtschaftsrats, voraussichtlich auch in der Vereinigung des Reichs- und des Steuer- und Reparationsprogramm sprechen. Die „Vol. B. G.“ weiß mit, daß sich der Gesamtberat, der jährlich durch bestimmte erweitere oder neue Steuern zu gebrauchen werden soll, auf etwa 80 Milliarden Papiermark belaute. Diese Summe soll etwa zur Hälfte durch direkte Steuern aufgebracht werden.

\*\* Die Fortsetzung des deutschen Ausverkaufs. V. In Cheape teilt mit, daß die vormalig feindlichen Schiffe, deren Namen bereits öffentlich bekanntgegeben wurden und die noch nicht verlaufen werden, jetzt für britische Untertanen und Untertanen aller anderen Nationen veräußert werden. Die „Times“ erklären, daß der Dampfer „Tirpitz“, eins der größten, neuesten vormalig deutschen Schiffe, jetzt von einer führenden britischen Gesellschaft angekauft worden sei.

#### Freistaat Danzig.

† Biesiadeckis Abschied. Heute fand im Gebäude des Generalkommissariats die Abschiedsfe

## Die Domänenfrage.

Gisflosigkeit und Inkonsistenz der Behörden.  
Wie ratlos oft unsere Behörden sind, wenn sie vor Entscheidungen in Fragen der Domänen stehen, wie widersprechend oft ihre Entscheidungen den Domänenpächtern gegenüber infolge der Unklarheit der Bestimmungen ausfallen, und wie schwierig sich dadurch die Lage der Domänenpächter deutscher Abstammung gestaltet, dafür geben folgende Erklärungen, die uns der Verband staatlicher Domänenpächter in Bromberg zuschickt, bereites Zeugnis. Es handelt sich um die Domänen in Godzientow, in Przytowcza und Chlewo.

Der Domänenpächter Müller in Godzientow erhielt hintereinander mehrere Verordnungen vom Starostwo in Schildberg, von denen immer eine die andere aufhebt. Die Verordnungen betreffen den Verkauf von lebendem und totem Inventar. Die erste Verordnung des Starosten vom 16. April 1921 heißt: "Auf Grund der Verordnung der Wojewodschaft vom 15. d. Ms. wird hiermit bis auf Widerruf der Verkauf jeglichen lebenden und toten Inventars ohne die Erlaubnis des Starosten verboten. gez. Schildberg, Starosta." Am 27. April erhielt Müller ein zweites Schreiben folgenden Inhalts: "Meine Verordnung vom 16. 4. d. Js. 2526/21 I betreffend den Verkauf von lebendem und totem Inventar ohne Genehmigung des Starosten habe ich hiermit auf. In bezug auf die Erklärung des Herrn Bieneck aus Chlewo erwarte ich jedoch, daß mir jede größere Transaktion mitgeteilt wird, ges. Schildberg, Starosta." Diese Verordnung wird wieder aufgehoben durch ein Telegramm des Starosten von Schildberg, das Müller am 21. Mai zugegangen ist: "Es wird der Verkauf lebenden und toten Inventars ohne Genehmigung der Wojewodschaft verboten. Starosta." Diesem telegraphischen Verbot folgte noch ein schriftliches an Herrn Wallmann in Przytowcza, das auf die Reichstanzler verordnung vom März 1918 Bezug nimmt.

Dass unter dieser Inkonsistenz der behördlichen Maßnahmen die Lage der Pächter immer verzweifelter wird, braucht nicht erwähnt zu werden, vor allem auch deshalb, weil diese bei aller Unklarheit der Lage die Domänenpächter durch ihre Organe bewahren und in ihren Dispositionen hindern lassen. So hält sich bei Herrn Müller in Godzientow seit dem 25. Mai ein Gendarm auf, ebenso bei Herrn Scholz in Krzyszow. Hier wurde der Gendarm bei dem Gutsbesitzer einzurichten, um, wie er selbst sagte, "auf Schmuggler aufzupassen", wie aber der Herr Starost Herrn Scholz gegenüber zugab, zu Cholzens Bewachung.

Wie verständnislos die überwachten Organe arbeiten, geht aus folgendem Fall hervor: Domänenpächter Bieneck mußte vor kurzer Zeit schnell ein französisches Kind verkaufen. Die Gendarmerie festnahm das verkauftes Kind, schaffte es auf die Domäne zurück, und die Folge war, daß das Kind in kürzester Zeit einging. Im Interesse der allgemeinen Wirtschaftslage mühten solche schädigenden Maßnahmen unterbleiben.

Schroda, 6. Juli. Dem Domänenpächter Scharkath-Kobolzec (früher Deisenberg) im heiligen Kreise, der die Domäne 1905 als Unteraufgabe in sehr mäßigen Zustande übernommen und inzwischen neu aufgebaut und in gute Kultur gebracht hat, wurde gestern mittags vom Distriktskommissar aus Domino auf Anordnung der Wojewodschaft in Posen eröffnet, daß er sofort die Domäne zu räumen habe. Auf seine Weigerung hin wurde er zwangsläufig von dem gleich mit erschienenen Gerichtsvollzieher ermittelt. Gleichzeitig war auch der neue polnische Pächter Bospieszalski, der Bruder des Domänenpächters, mit erschienen und wurde vom Distriktskommissar im Namen der Wojewodschaft den Arbeitern als neuer Herr vorgestellt. für den sie fleißig zu arbeiten und dem sie zu dienen hätten.

## Lokal- u. Provinzialzeitung

Posen, 8. Juli.

### Die Delegation der baltischen Presse in Posen.

Ein Vertreter der baltischen Pressedelegation, die gestern morgen von Lemberg in Posen eingetroffen ist, Schriftleiter der "Rigaerischen Rundschau", Herr Georges Popoff, hat unserer Redaktion heute morgen einen Besuch abgestattet, der der gegenseitigen Information dienen sollte. Von den zwanzig Vertretern der Delegation ist nur ein Teil nach Posen gekommen, nämlich acht Finnländer, ein Lette und ein Schwede, während ein anderer Teil unter Führung des Herrn De Fries von Lemberg aus sich über Oden-Best und Wien nach Deutschland begibt und fünf Leuten die Rückreise nach Wilna angetreten haben. Die in Posen eingetroffenen Vertreter äußerten sich mit Begeisterung über die Kulturarbeit, die gerade in Posen in den letzten 180 Jahren geleistet worden ist. Nachdem die Journalisten verschiedene Städte des Reiches besichtigt haben, begeben sie sich in Anbetracht der Bedeutung des Freistaates Danzig für die baltischen Staaten nach Danzig, um die dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse persönlich kennenzulernen.

### Die Liquidation von Privatvermögen.

Im "Monitor Polski" (Nr. 148 vom 27. Juni d. Js.) findet sich eine Verordnung des Leiters des "Główny Urząd Litwidowsky" (Haupt-Liquidationsamt) vom 14. Mai 1921 betreffend Ausführung des Gesetzes über die Liquidation von Privatvermögen nach den Vorschriften des Versailler Friedensvertrages. Es heißt darin:

§ 1. Der Tätigkeitsbereich des Liquidationskomitees in Posen umfasst das ehemals preußische Teilgebiet, der Bereich des Liquidationskomitees in Warschau, das ganze Gebiet der Republik mit Ausnahme des ehemal. preuß. Teilegebietes.

§ 2. Das Liquidationskomitee, das einen Entschluss bezüglich der Anwendung der Liquidation eines Vermögens, Rechtsansprüche oder Geschäfts umfaßt, gibt davon im "Monitor Polski" bzw. im "Dziennik Urzędowy" des Posener Ministeriums Kenntnis.

§ 3. Benachrichtigungen, Abschriften der Beschlüsse und Anforderungen werden dem Inhaber des liquidierten Vermögens, Rechts oder Geschäfts bzw. dem Stellvertreter desselben durch ein geschriebenes Briefe überreicht.

§ 4. Der Inhaber des liquidierten Vermögens, Rechts oder Geschäfts hat innerhalb 20 Tagen vom Tage der im Sinne des § 2 der vorliegenden Verordnung erlassenen Bekanntmachung dem Liquidationskomitee, soweit er zuständig ist, seinen Wohnort anzugeben.

Der Inhaber des liquidierten Vermögens usw., welcher der Kompetenz des Posener Komitees untersteht, aber seinen Wohnsitz außerhalb des ehemals prußischen Teilgebietes hat, ist verpflichtet, außer einem Wohnsitz innerhalb 20 Tagen die in diesem Gebiet wohnende Person zu bezeichnen, welche zur Entgegennahme der für ihn bestimmten Briefe ernächtigt ist.

§ 5. Weilt der Inhaber im Ausland, so steht ihm zur Abgabe der vorgeschriebenen Erklärung eine sechswöchige Frist, vom Tage der Bekanntmachung im "Monitor" bzw. im "Dziennik Urzędowy" zur Verfügung.

§ 6. Die Benachrichtigungen und Schreiben des Liquidationskomitees, die an einen Inhaber eines liquidierten Vermögens usw. gerichtet sind, welcher es unterlassen hat, im Sinne der §§ 4 und 5 seinen Wohnsitz oder dessen Wechsel oder auch die zum Empfang berechtigte Person zu bezeichnen, werden in der Kanzlei des Liquidationskomitees ausgehändigt. Die interessierten Personen haben nicht das Recht, Unkenntnis der sie betreffenden Verhandlungen vorzutäuschen.

§ 7. In den Fällen, wo ein liquidiertes Vermögen, Rechts oder Geschäft mehreren Inhabern angehört, genügt es, die betreffenden Schreiben demjenigen von ihnen einzuhändigen, dessen genaue Adresse sich im Bezirk des Liquidationskomitees befindet.

§ 8. Eine Aufforderung muß enthalten: 1. Vorname, Bu-

nachname und Adresse der aufgeforderten Person; 2. Charakter der an die betreffende Person ergehenden Aufforderung (Liquidierter Sachverständiger, Dolmetscher); 3. kurze Formulierung des Objekts;

4. Ort und Zeit, innerhalb deren der Aufgeforderte sich einzufinden oder die gewünschte Antwort zu übersenden hat.

§ 9. In den Fällen, wo ein Ablommen betreffs eines Vermögens usw. durch dessen Inhaber vom Liquidationskomitee als gültig anerkannt wird, deponiert der Neuerwerber den Kaufpreis in der vom Liquidationskomitee bezeichneten Zeit und Art. Falls der Liquidierte den Kaufpreis erhalten soll, benachrichtigt das Liquidationskomitee nach Abzug der Kosten des Verfahrens von der eingezahlten Summe den Liquidierten über Zeit und Modus der Bezahlung.

§ 10. Wenn das Liquidationskomitee den Beschluss gefaßt hat, das liquidierte Vermögen usw. zugunsten des Staates einzuhalten, benachrichtigt es den Inhaber hierzu und fordert ihn auf, vor Ablauf der vom Komitee bezeichneten Frist, die aber nicht länger als ein Monat und nicht länger als sechs Monate vom Tage der Benachrichtigung oder der Bekanntmachung im "Monitor" bzw. im "Dziennik Urzędowy" ab gerechnet, sein darf, dem Komitee eine Abrechnung des liquidierten Vermögens usw.

§ 11. Wenn das Liquidationskomitee den Beschluss gefaßt hat, das liquidierte Vermögen usw. zugunsten des Staates einzuhalten, benachrichtigt es den Inhaber hierzu und fordert ihn auf, vor Ablauf der vom Komitee bezeichneten Frist, die aber nicht länger als ein Monat und nicht länger als sechs Monate vom Tage der Benachrichtigung oder der Bekanntmachung im "Monitor" bzw. im "Dziennik Urzędowy" ab gerechnet, sein darf, dem Komitee eine Abrechnung des liquidierten Vermögens usw.

§ 12. Nach Ablauf der im § 10 bezeichneten Frist oder nach Empfang der vom Inhaber geforderten Angaben veranstaltet das Komitee noch dem in den Schreiben vorgeschriebenen Modus eine Abschätzung des liquidierten Vermögens mit Hilfe eines oder mehrerer Sachverständiger. Der Vorsitzer des Komitees kann jedesmal einen Leiter für das Tagversammlung ernennen. Insosfern die tagierten Gegenstände kursieren bei der Versammlung, Posener oder Berliner Börse oder sonst Handelsobjekt sind, haben die Sachverständigen bei der Abschätzung dieser Gegenstände die Kursnotierung oder den geltenden Handelspreis wie auch die Angaben und Bemerkungen, die ihnen der Besitzer des liquidierten Vermögens macht, zu berücksichtigen.

§ 13. Vorstehende Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

### Ein ruhiges Gewissen.

Vor gestern Abend hatte eine im Hause ul. Dąbrowskiego 98 (früher Gr. Berlinerstr.) wohnhafte Familie auf dem Boden frisch gewaschene Wäsche aufgehängt. Angesichts der vielen Bodenleibstähle hielt die Hausfrau es für notwendig, gegen Mitternacht einmal nach der Wäsche zu sehen. Als sie sich der Bodentür näherte, war sie sehr überrascht, die von ihr abends sorgfältig verschlossene Tür offen zu finden. Zugleich zeugten tiefe, lang gezogene Schnarchtöne, daß sich die Wäsche unter dem Schutz freiwilliger Wächter befand. Schleunigst machte die Hausfrau Schri und alarmierte mehrere Hausbewohner, die zunächst den einen Hauseingang fest verschlossen und darauf an dem zweiten Eingange Aufführung nahmen. Um die freiwilligen Wächter bei ihrem Weggehen gebührend willkommen zu heißen. Inzwischen waren die beiden aus dem tiefen Schlafe der nach dem Sprichwort in dem ruhigen Gewissen sein Ruhestifter erwacht. Nichts Gutes ahnend, eilten die freiwilligen Wächter die Treppe hinab und versteckten sich im Keller. In der gleichen Zeit hatten die Hausbewohner volleilige Hilfe herbeizeholt. Von den Polizeibeamten wurden die beiden dann in ihrem Kellerversteck ermittelt. Der eine von ihnen erklärte, er habe auf dem Boden nur ordentlich ausschlafen wollen. Der zweite stellte sich taubstumm und versuchte sich, durch die Fingerskratze verständlich zu machen. Als ihm das ruck der ersten Bemühungen mißlang, erklang ihm plötzlich ein Hephata, und dem Gehege seiner Bähne entschlüpften die Worte: "Was kann, wie lange soll ich denn hier noch warten?" Bei einer Durchsuchung der Bodenräume fand man eine Anzahl von neuartigen Einbrecherwerkzeugen, wie mehrere Bangen, Dietrich, Batenschlüssel usw. Der eine schwere Junge entpuppte sich nach seiner Festnahme als der 18jährige Schmied Franz Karasiński, der noch eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, und ein gewisser Józef Chojecski, 21 Jahre alt, der Militäruniform trug und vermutlich Deserteur ist. Beide wurden in Untersuchungshaft genommen.

§ 14. Eine zweite Stadtverordnetenversammlung in dieser Woche findet morgen, Sonnabend, von nachm. 6 Uhr ab statt. Auf der Tagesordnung stehen eine Anzahl von Einzelvoranschlägen und (natürlich) die Erhöhung des Wassergeldes.

§ 15. Das Verbot der Abhaltung von Hornviehmärkten in der Wojewodschaft Posen vom 13. April d. Js. ist durch Verordnung des Ministers für das ehem. preußische Teilgebiet wieder aufgehoben worden.

§ 16. Bei der Posener Getreidebörsen erfolgten am 7. Juli keine Notierungen.

§ 17. Lichtbilder. Bei der Veranstaltung von Volksunterhaltungs- und Gemeindeabenden ebenso wie bei wissenschaftlichen Vorträgen macht sich der Mangel an geeigneten Lichtbildern unangenehm fühlbar. Dabei sind wir im Abtreitungsgebiet seineswegs arm an geeigneten Lichtbildern, der Vorrat ist sogar ziemlich groß, er liegt nur überall zerstreut bei Vereinen, Kirchengemeinden und Privatpersonen. Es kommt darauf an, die vorhandenen Schätze der Allgemeinheit zugänglich zu machen, es muß möglich sein, die benötigten Lichtbilder von ihrer Aufbewahrungsstelle zu entleihen. Deshalb soll eine Zentralstelle geschaffen werden, die die vorhandenen Bestände an Lichtbildern nachweist und auf Anfragen Rat und Auskunft erteilen kann. Die Deutsche Wanderbibliothek, Sitz Lemberg, Gdańsk II, III, hat die Aufgabe übernommen, ein Verzeichnis aller vorhandenen Lichtbildsammlungen aufzustellen. Sie bitten daher alle Stellen, vor allen Dingen die Geistlichen, Vereinsvorstände und Leiter wissenschaftlicher Gesellschaften, ihr ein Verzeichnis ihrer Lichtbilder möglichst bald zu übergeben. Für dieses genügt die Angabe der Serie und möglichst der liefernden Firma. Diese Angaben sollen zu einem Lichtbilderalbum zusammenge stellt werden, und es soll dann möglichst allen Anfragenden Auskunft erteilt werden. Erwünscht wäre es, wenn gleichzeitig mitgeteilt würde, wo ein Bildwerker vorhanden ist, und welches Licht benutzt wird. Um die Einrichtung möglichst schon in diesem Winter allgemein nutzbringend zu machen, wird um rechtzeitige Einsendung der Nachrichten gebeten.

§ 18. Tanzinstitut Flechtmann. Mit dem heutigen Tage schließt nach 28 jährigem Betrieb das Tanzinstitut Flechtmann seine Pforte. Damit verschwindet die letzte deutsche Tanzschule.

§ 19. Falsche polnische Tausendmarksscheine befinden sich im Umlauf; sie tragen die Bezeichnung Seria A Nr. 881706.

§ 20. Eine neue Diskothek geht an der Most Teatralny (früheren Theaterbrücke) ihrer Böllendring entgegen.

§ 21. Neubau. Die Gesellschaft Garciowska lädt in der ul. Skarbowka (früher Märtliche Straße) große Lagerräume für Drogen- und Apothekerwaren errichten. Das Baugelände war früher Eigentum des Kommerzienrates Paulus.

§ 22. Polizeilich festgenommen wurden gestern und in der vergangenen Nacht: 16 Personen wegen Diebstahlsverdachts, eine wegen Habserei, eine wegen Betteln, 3 wegen Umbrettbearbeitung und 12 Frauenspersonen wegen Übertritt der sitzenpolizeilichen Vorschriften.

§ 23. Beschlagnahmte Diebesbeute. Bei zwei festgenommenen Männern wurde ein großerer Polen Geberbücher und Kreuze, die vermutlich aus einem Diebstahl stammten. Ein in Graudenz in Untersuchungshaft befindlicher Soldat hat eingestanden, entweder ausgangs April oder anfangs Mai d. Js. aus einem Geschäft in der Nähe des Bahnhofs in Posen ein Paket mit 5 Meter lilabraunem Stoff, eine Damenhandtasche, zwei Paar Mäntel und ein Paar andere Thriinge geziichtet zu haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich in dem Paket noch andere Sachen befinden. Der Eigentümer kann sich hier im Zimmer 8 der Kriminalpolizei melden.

§ 24. In der Fällen, wo ein liquidiertes Vermögen, Rechts oder Geschäft mehreren Inhabern angehört, genügt es, die betreffenden Schreiben demjenigen von ihnen einzuhändigen, dessen genaue Adresse sich im Bezirk des Liquidationskomitees befindet.

§ 25. Eine Aufforderung muß enthalten: 1. Vorname, Bu-

nachname und Adresse der aufgeforderten Person; 2. Charakter der an die betreffende Person ergehenden Aufforderung (Liquidierter Sachverständiger, Dolmetscher); 3. kurze Formulierung des Objekts;

worden war. Daß die Angeläute dem Wächterhaus gegenüber liegt, halte die Diebe nichts zu bedenken, denn vor einigen Tagen holten sie sogar dem Totengräber die Hölzer aus dem Stalle. Wer also noch eine gute Bank auf dem Kirchhofe hat, möge sie schleunigst ansetzen; der Schuh der schlechteren liegt in sich selbst. Wo ein Antletten nicht möglich ist, wird der tief eingeschnittene volle Name die Bank weniger begehrwert machen.

§ 26. Diebstähle. Am Dienstag wurden am Platz Działowy 11 (früher Kanonenplatz) drei Betten ohne Bezüge im Werte von 25 000 M. gestohlen. — Scheren wurden einem Reisenden Michał Tomaszewski auf der Reise nach Stralkowo aus der inneren Tasche ein Kleinvon auf seinen Namen, eine Empfangsbefreiung der Bank Liberty über 50 Dollar, 100 Gulden über 150 Dollar der Firma Witt u. Co. und 10 000 M. in polnischem Gelde im Gesamtbetrag von 272 000 M. gestohlen. — Aus einer Wohnung des Hauses ul. Franciszka Ratajczaka 87 (früher Ritterstr.) wurde ein größerer Posten Wäsche gez. M. B. wie Damenhemden, Handtücher, Bettlaken, ferner ein Koffer, eine Box mit Muff im Werte von 100 000 M. gestohlen.

\* Aus dem Kreise Posen-West. 6. Juli. In Pamiatkowo überfielen in der Nacht zum 5. d. M. bewaffnete Banditen den Wirt Józef Hegedüs. Sie siezen das Fenster der Oberstube ein und drangen so ins Innere. Sie verlangten die Herausgabe von Waffen und Geld, das ihnen der Überfallene auch gab. Insgesamt gab er 3000 M. und 3 Millionen. Außerdem nahmen die Banditen noch 2 Taschenuhren mit und andere Wertgegenstände.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Kurse der Posener Börse.

	8. Juli	7. Juli
Offizielle Kurse:		
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—
Buchst. A u. B	—	—
ohne Buchst.	—	250 + N
Buchst. C	—	250 + N
Buchst. D u. E	—	—
(neue)	150 + A	150 + A
4% Pos. Pfandbriefe	—	—
4% Pos. Provinzialobligationen	—	—
3½% Posener Prov. Pfandbriefe	—	—
3½% Ost. Geglest.	—	—
6% Schuldschein der Bank Krebsy.	—	—
Hypot. Warszawsk.	—	—
Bank Bielska I-VII em. (ungeg.)	270 + N	—
Bank Bielska VIII em. (ungeg.)	260 + A	—
Bank Bielska IX em. (ungeg.)	250 + N	—
Bank Handlowy, Poznań I-VII	385 + N	335 + N
VIII	335 + N	335 + N
Bank Handlowy, Warsaw	—	—
Bank Dyn. Endg. Gdańsk I-IV	—	—
Emilek. Petrow i Sto.	490 + N	485 + N
Bank Bielski	625 + N	602 + N
A. Barłowskii I-IV em.	215 + N	

Import!

Eksport!

# POLSKA HURTOWNIA CYGAR

STANISLAW PAWLAK

POZNAN - Tel. 2053-3368 - UL. WIELKA 11

Scheckkonto: P. K. O. 201.167.

empfiehlt sein einzig in ganz Polen reichsortiertes Lager  
in 150 Gattungen

# CIGARREN

hergestellt aus garantierter reinen, gesunden überseeischen Tabaken, erstklassiger Fabrikate, von den billigsten und zwar von Mk. 6.300 pro Mille bis zu den feinsten.  
Kleine Quantitäten versende per Post.

Täglich Eingang von neuen Gattungen.

Import!

Eksport!

Bekanntmachung.  
Urzad Cukru b. dzielnicy pruskiej (Büroamt des ehem. preuß. Gebietes) bringt hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß der Preis für 1 Kilogramm Gewerbezucker 90.— M. bestehen bleibt.

Der Preis für Industriezucker wird vom 8. Juli d. J. ab für weißen Zucker 130.— M., für gelben Zucker 110.— M. für 1 Kilogramm betragen.

Es wird gleichzeitig darauf anmerksam gemacht, daß das Wirtschaftskomitee in seiner Sitzung vom 24. Juni d. J. beschlossen hat, der Bevölkerung zu Einmachzwecken je 1 Kilogramm (2 Pfund) Zucker pro Person zum Preise von 90.— M. für 1 Kilogramm zugutezuhalten, sofern solcher den Apparationsabteilungen, Magistraten und Starosten überwiesen wird, in anderen Fällen zu 130.— M. für 1 Kilogramm.

Die Besitzer von Marmeladefabriken werden daher zur Niederlegung von Oefferten an das Ministerstwo b. dz. pr. Departament Przemyslu i Handlu für Marmelade zum Preise von 130.— und 90.— M. für 1 Kilogramm Zucker aufgefordert.

Urzad Cukru bytzej Dzielnicy Pruskiej.

Kohlenverteilung.  
Vom Mittwoch, dem 18. d. Jul. werden die Kohlen wie folgt verteilt:

auf den Abschnitt 5 u. 6 der Kohlenlarie „A“ je ½ Brt. = 1 Brt. Kohle,  
auf den Abschnitt 7 u. 8 der Kohlenlarie „B“ je ½ Brt. und auf den Abschnitt 9 derselben Kohlenlarie je 1 Brt. = 2 Brt. Kohle,

auf den Abschnitt 9, 10, 11 u. 12 der Kohlenlarie „C“ je ½ Brt. = 2 Brt. Kohle.

Die Kohlenabschüttung, welche im Mai freigegeben worden sind, verlieren mit dem 18. Juli ihre Gültigkeit und dürfen nach diesem Tage nicht mehr beliefert werden.

Infolge Mangel an Hüttenkoks und Gasloß werden im Monat Juli Anweisungen für Koks nicht erteilt, und sämtliche Austräge werden deshalb nicht berücksichtigt.

Poznań, den 7. Juli 1921.

Der Magistrat.

Aushebung einer Kohlenhandlung.

Der Firma P. Drobz in Poznań, Aleje Marcinkowskiego 7, ist der Betrieb mit Kohlen verboten worden. Die bei dieser Firma eingetragenen Kohlenverbraucher wollen sich zwecks Beschreibung zu einem anderen Händler im Miejski Urzad Weglowy, ul. Gajowa 4, sofort melden.

Poznań, den 6. Juli 1921.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Der von den durch die Industrie- und Handelskammer bestellten Revisoren gem. Par. 192 h. S. B. erstattete Prüfungsbericht über die Gründung der Aktiengesellschaft „Poznańskie Zakłady Chemiczne Kazimierz Chmielewski“ in Główce bei Poznań liegt in unserem Bureau, Aleje Marcinkowskiego 3, zur öffentlichen Einsicht aus.

Die Industrie- und Handelskammer Poznań.

Für sehr ernsthafte Konsumenten werden Rittergüter, Landgüter, Wirtschaften, Besitzgüter, Wasser- u. Dampfmühlen, Häuser mit Gärten, Villen und Fabriken aller Art sofort zu kaufen gesucht. Gef. Anmeldungen erbeten an das Landwirtschaftliche Kommissionsgeschäft St. Jax, Poznań, ul. Rycerska 10. Telefon 1778.

Für Ausländer sofort zwei grüne Güter zu 2000 Morgen gesucht. Auch benötige ich noch einige bessere Landwirtschaften für gute Zahler. 1920 D. Schmidt, Auktions- und Vermessungs-technisches Bureau, Poznań, ulica Jasna 5.

Für einwandernde Polen (Amerikaner, Ober schlesier) suche gute, preiswerte Objekte (Grundstücke, Landwirtschaften usw.) zum Kauf oder Tausch. E. Klaeser, Komm.-Geschäft, Poznań, ulica Bułowa 23. (3710)

Brachsfeldige Hausgrundstücke mein in Bronki zu verkaufen oder gegen ähnliches zu vertauschen. 1856 Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

# Bin Räuber von Raps u. Frühkartoffeln

und bitte um umgehende Oefferten.

[1914]

F. GLABISZ, Poznań,  
plac Wolności 18.

Sind Verkäufer großer Posten

# Superphosphat

für sämtliche Lieferungstermine.

Gutschow & Co., G. m. b. H.,

Danzig, Weidengasse 35/38.

Telegr. Adr.: Gutschow & Co. — Telephon 2421.

Auch Lebensmittel aller Art zum Tagespreise.

[MD 305]

Installationsmaterial

Akkumulatorensäure

Klingelelemente

Kohlenbürsten

Bürstenhalter

Glühlampen

Lagermetall

Kleingerät

Packung

Asbest

u. dergl.

J. MATUSZEWSKI,

Telephone 2219. Poznań Góra Wilda 132.

# Rohbraunkohle

zum waggonweisen Bezug bietet an

Górnośląskie Przedsiębiorstwo Weglowe,

Katowice i Werner.

Poznań, Waly Zygmunta Augusta 3.

Tel. 1296 u. 3871. Telegr.-Adr.: Werner Śląskie.

Sägewerk in waldbreicher Gegend Rep. Sachsen mit zweiter 2-Milliarden-Wohnhaus in Stadt mit höheren Schulen, einzig am Platz für 270 Mille zu verkaufen. Anzahlung 170 Mille. Antrag unter 3. J. 7180 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

[228 2878]

Ankäufe u. Verkäufe

In Liebenhain, Stadt m. Bahnh., Kr. Löwenberg i. Sch. ist ein neu gebautes (1916

5 Zimmer, Räuchergel., Küche, Gemüsegart. m. ca. 35 Obh., 11. Stall, u. ext. ca. ½ Mrg. Land z. verl. u. bald z. beziehen. Off. anhausb. Wondt, Löwenberg i. Sch., Blücherstr. 15.

St. Jax, Poznań, ulica Jasna 5.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

1856

Manhardt, Tangermünde.

Altpapier und Papierabfälle fuit 1443 Wielkopolska Papierfabrik, Bydgoszcz, Gdańsk 19.